

Kämmerer stellt Defizite im Rahdener Rat dar – Haushaltsicherung droht wohl nicht

Haushalt auf Jahre hinaus im Minus

Von Arndt Hoppe

RAHDEN (WB). Schon seit langem warnt Bürgermeister Bert Honsel, dass sich für Rahden finanziell dunkle Wolken zusammenbrauen. Jetzt steht fest: Der Stadthaushalt wird auf Jahre hinaus Millionendefizite aufweisen.

Die Zahlen zum Ausmaß der Finanzmisere stellte Kämmerer Ralph Picker am Donnerstagabend (9. November) während der Ratssitzung vor. So habe bereits die Planung für das laufende Haushaltsjahr 2023 ein Rekorddefizit von 14,3 Millionen

Euro aufgewiesen. Und auch für die Jahre 2024 bis 2026 geht Picker von Defiziten in Höhe von insgesamt 5,9 Millionen Euro aus.

Doch nach den neuesten Zahlen des Haushaltsplanentwurfs sieht es noch schlechter aus. „Obwohl wir den Entwurf bereits in einer ersten Sparrunde überarbeitet haben, müssen wir allein für 2024 mit einem Defizit von 6,1 Millionen rechnen“, sagte Picker. „Für die Folgejahre 2024 bis 2027 kommen zusammen rund 19,7 Millionen Euro Fehlbedarf auf uns zu.“

Bürgermeister Bert Honsel merkte an, dass das für 2023 geplante Defizit von 14,3 Millionen Euro um 1,5 Millionen Euro auf 12,8 Millionen gesenkt werden konnte. Dies sei auf Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer zurückzuführen. „Gott sei Dank haben wir eine starke Wirtschaft in Rahden, die uns hilft, die Folgen der allgemeinen Krisen zu mildern“, sagte er.

Picker: „Ein erhebliches Problem“

Doch Picker betonte: „Es steht fest, dass wir für die Planungen von 2024 bis 2027 ein erhebliches Problem haben.“ Er habe schon 2022 darauf hingewiesen, dass der damalige hohe Jahresüberschuss nicht lange vorhalten werde. Die Folge sei das Wegfallen der Schlüsselzuweisungen und ein Mehr bei der Kreisumlage für Rahden gewesen.



Auf die Stadt Rahden kommen finanziell schwierige Zeiten zu. Das ist während der jüngsten Ratssitzung im Rathaus klar geworden. Nach einem Rekorddefizit in diesem Jahr rechnet der Kämmerer Ralph Picker (kleines Foto) auch in den Folgejahren mit Fehlbeträgen in Millionenhöhe.

Foto: Arndt Hoppe

Deshalb sei von dem Überschuss bereits 2023 vieles wieder aufgebracht worden.

Der Kämmerer rechnet daher damit, dass die Ausgleichsrücklage der Stadt bereits 2024 aufgebraucht sein wird. In den Jahren 2024 bis 2027 müsse das Defizit, das jeweils zwischen 6,1 und 6,8 Millionen Euro betragen werde, aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden.

Nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) müsste Rahden demnach eigentlich ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufstellen. Das ist erforderlich, sobald eine Kommune zwei Jahre hintereinander fünf Prozent an Eigenkapitalverzehr aufweist.

Wohl kein HSK erforderlich

Doch nach den neuesten Informationen aus Düsseldorf, bleibt Rahden wohl das HSK erspart. Die Landesregierung will das NKF-Gesetz ändern, so dass diese Regelung aufgehoben wird, sagte Kämmerer Picker. Das habe das Heimatministerium von Ina Scharrenbach am Dienstag (7. November) in einer Videoschaltte verkündet, bei der Bürgermeister, Landräte und

Vertreter der meisten NRW-Kommunen zugeschaltet waren, so Bert Honsel.

Die Gesetzesänderung, die auf einem Kabinettsentwurf basiert, soll ab 31. Dezember dieses Jahres rückwirkend gelten, auch wenn die Gesetzesänderung voraussichtlich erst im Februar beschlossen werden, erklärte Picker.

Das hätte zwar den Vorteil, dass die Defizite nicht automatisch zum HSK führen, sie könnten durch Kredite ausgeglichen werden. „Aber die Änderung des NKF-Gesetzes sieht gleichzeitig in einem anderen Paragraphen vor, dass Liquiditätskredite innerhalb von 36 Monaten getilgt sein müssen“, sagt der Kämmerer.



„Es stehen schwierige Zeiten bevor“, hat Bürgermeister Bert Honsel deutlich gemacht.

Foto: Arndt Hoppe

Dies jedoch führe nur zu einer zeitlichen Verschiebung des Problems. „Der Kabinettsentwurf wirkt wie der Abbau von Leitplanken, um Blebschäden zu vermeiden, während gleichzeitig ein unüberwindliches Hindernis auf der Straße errichtet wird“, zog Ralph Picker einen Vergleich.

MKK-Kosten nicht eingerechnet

Gleichzeitig machte Bürgermeister Honsel unmissverständlich klar: „Bei all den zu erwartenden Defiziten ist noch kein einziger Euro für eine Steckdose in irgendeinem Krankenhausneubau eingerechnet.“

Sollte es zu einem Neubau kommen, werde dies - bei den erwarteten Kosten von 300 bis 400 Millionen Euro - den Haushalt der Stadt Rahden erheblich belasten. „Das würde zusätzlich noch einmal eine Million Euro an Belastung bedeuten - und das auf 30 Jahre - die kommen nochmal on top.“

Auch bei den alternativen Modellen für die Mühlenkreiskliniken (MKK) wie eine Sanierung in Lübbecke, die die Bürgerinitiative vorschlägt, würden mehrere 100 Millionen Euro an Kosten auf den Kreis und damit die Kom-

munen zukommen.

Es sei ein sehr komplexes Thema und eine schwierige Entscheidung. Und die Mitglieder der Kreistags, die darüber zu entscheiden hätten, seien nicht zu beneiden. „Nichts machen geht wohl nicht, Aber es betrifft alle Kommunen im Kreis.“

Wo kann gespart werden?

Bert Honsel machte eines ganz klar: „Es stehen uns schwierige Zeiten bevor.“ Die Stadt müsse daher auch darüber nachdenken, wo bei den Ausgaben gespart werden könne.

Auf Nachfrage aus der Runde, was zu den freiwilligen Leistungen gehört, die die Stadt nicht als Pflichtaufgabe ohnehin erfüllen muss, nannte Bert Honsel unter anderem den Museumshof, die Senioren- und Familienförderung, das Stadtmarketing, die Wirtschaftsförderung und das Freibad.

Mit diesen schwierigen Fragen würden sich die politischen Gremien in den kommenden Monaten befassen. Der Haushaltsentwurf soll am 14. Dezember eingebracht werden. Er wird in der Sitzung am 25. Januar beraten und am 24. Februar beschlossen werden.